



## Ist der Föderalismus in der Krise?

Wir erleben es Tag für Tag immer wieder aufs Neue – in der Krise ist die Leistungsfähigkeit unserer staatlichen Behörden und Organisationen nicht so ausgeprägt, wie wir uns das gemeinhin vorstellen. Die Corona-Pandemie zeigt nicht nur uneinheitliches Handeln der staatlichen Akteure, sondern offenbart auch ohne Zweifel Schwächen unseres föderalen Systems.



Diplom-Chemiker  
CLAUS LANGE  
Direktor der Feuerwehr  
a. D.

Hannover

Schauen wir zurück auf die Katastrophen und Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte, so müssen wir durchaus erhebliche Defizite bei deren Bewältigung feststellen. Angefangen bei der Waldbrandkatastrophe 1975 in Niedersachsen, der unterschiedlichen Grenzwertregelungen von Lebensmitteln beim Kernkraftwerk-Unfall 1986 in Tschernobyl, dem durchaus unkoordinierten Handeln zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophen 2002 und 2013 sowie dem Flüchtlingsmanagement 2015 erscheint unser Gemeinwesen nicht mehr so leistungsfähig in der Krisenbewältigung, wie das für einen hochentwickelten Industriestaat im 21. Jahrhundert notwendig erscheint. Ist also der föderale Staatsaufbau mit seinen unterschiedlichen Zuständigkeiten, rechtlich differierenden Festlegungen und mannigfaltigen Katastrophenbewältigungsstrategien bei größeren, Ländergrenzen überschreitenden sowie nationalen außergewöhnlichen Ereignissen komplett überfordert?

Unser bisher als leistungsstark propagiertes Zivilschutz- und Katastrophenschutzsystem mit dem Bund sowie den 16 Ländern als handelnde Akteure muss große Herausforderungen bewältigen und hohe Ansprüche der Bevölkerung in der Krisenbewältigung erfüllen. Gerade die wachsende Komplexität von Gefahrenlagen, deren Dynamik und die Verwundbarkeit so genannter kritischer Infrastrukturen stellen ohne Zweifel eine veränderte Situation dar. Manche Erkenntnisse sowie die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahrhundert mit überwiegend punktuell stattgefundenen Großschadenlagen sind auf die Herausforderungen in unserer heutigen Zeit nicht mehr ohne weiteres zu übertragen. Aber es bleiben auch der Unmut über viel zu langsame und oftmals zerredete Umsetzungsstrategien, vertane Chancen sowie das nicht vorhandene Bewusstsein der politisch Verantwortlichen, in einen wirkungsvollen Bevölkerungsschutz auch investieren zu müssen und Regelungen zu vereinbaren, welche eine optimierte Zusammenarbeit ermöglichen. Bürokratisches, sektorales Zuständigkeitsdenken, föderale Empfindlichkeiten und kaum Geld für eine Schadenbekämpfung machen sich in der Krise sehr schnell negativ bemerkbar. Nun müssen aus diesen Erkenntnissen schnell ein abgestimmter Handlungskatalog mit klar hinterlegtem Zeitplan und die Zurverfügungstellung von ausreichend finanziellen Mitteln folgen. Die nächste Krise kommt bestimmt – es ist nur eine Frage der Zeit. Handeln ist erforderlich, abwarten und zaudern stellen keine Alternative dar!

Wo gilt es, anzupacken und wirkungsvolle Veränderungen auf den Weg zu bringen? Zunächst muss das Bewusstsein geschaffen werden, dass Bevölkerungsschutz eine gesamtstrategische Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen darstellt. Es bedarf daher einheitlicher Begriffe und einem Krisenmanagement, das in einem föderalen Bundesstaat auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte, der Länder und beim Bund abgestimmt arbeitet, das Personal einheitlich ausgebildet ist sowie regelmäßig die Zusammenarbeit probt und auch die Menschen in unserem Land offensiv mit eingebunden werden. Aufgabenorientierte Prozesse sind festzulegen, zu beschreiben sowie regelmäßig zu aktualisieren. Veraltete sowie nicht abgestimmte Notfallpläne gehören ebenso der Vergangenheit an wie der Glaube, eine Behörde müsse nur in den üblichen Bürozeiten für hilfesuchende Bürger erreichbar sein. Nur mit einer leistungsfähigen Digitalisierung, die auch für die unterschiedlichen Ebenen einheitlich aufgebaut sein muss und eine Vernetzung beinhaltet, können zukünftige Herausforderungen bewältigt werden.

Ich hoffe sehr, dass unser föderales Staatsgefüge und die politisch sowie administrativ Zuständigen kurzfristig in der Lage sind, die Krisenbewältigung in Deutschland zu optimieren. Gelingt dies nicht, wäre tatsächlich der Föderalismus in der Krise und ein zentrales Management außergewöhnlicher Schadenlagen unumgänglich!